

BUNDESWEHR

## Mangelware Schutzwesten

Die Bundeswehr kann ihre Truppen nicht im vorgesehenen Tempo mit Schutzwesten ausstatten. Statt geplanter 15 400 Soldaten werden in diesem Jahr nur 5200 ausgerüstet. Die Hersteller hätten nur begrenzte „Fertigungskapazitäten“, zudem herrsche ein Mangel an „zur Produktion zwingend notwendigen Materialien“, begründet das Verteidigungsministerium den Engpass. Die Westen bestehen aus speziellen Kunstfasern und Keramikwerkstoffen. Das Ausrüstungsprogramm „Soldat im Einsatz“, das neben den Schutzwesten noch anderes Gerät wie Ferngläser, Schutzbrillen und Gehörschutz umfasst, unterliege auch noch der „Priorisierung“ im Vergleich zu anderen Rüst-



Splitterschutzwesten

RAEGER JENSEN / FOTO:REX-ALLIANZ / DPA

tungsprojekten, heißt es aus dem Verteidigungsministerium. „Im Klartext“ bedeute dies, rügt die FDP-Wehrexpertin Elke Hoff, dass die in den nächsten Jahren vorgesehene Ausstattung von insgesamt 79 000 Soldaten „finanziell nicht abgesichert ist“. Als „ziemlich hohl“ erweise sich so das Versprechen von CDU-Verteidigungsminister Franz Josef Jung, für eine „optimale Ausstattung“ der Truppe zu sorgen.



JAN BAUER / AP

Dresdner Zwinger (August 2002)

ELBEFLUT

## Geldmaschine Hochwasser

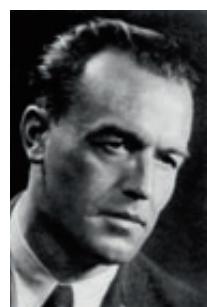
In einer aktuellen Studie kritisiert der Umweltverband WWF fünf Jahre nach der großen Elbeflut im August 2002 die Verwendung von staatlichen Hilfszahlungen. Außer in den Bau oder die Erhöhung der Deiche sei auch in „sachfremde Infrastruktur“ investiert worden. Darüber hinaus seien entgegen den Anforderungen an ein nachhaltiges Hochwasserschutzprogramm bis heute nur „ein Prozent“ neue Überschwemmungsflächen entlang der Elbe ausgewiesen worden.

Aus den Mitteln für den Hochwasserschutz seien auch Straßen ohne Flutschäden, wie im sächsischen Grimma, saniert und als „Wiederaufbau“ abgerechnet worden. Das Landratsamt Muldentalkreis beteuert indes, dass „geohydrologische Spätfolgen“ der Überflutung die betagten Straßen beschädigt hätten. Nach der Elbeflut, die laut WWF Gesamtschäden von rund elf Milliarden Euro verursacht hatte, waren knapp acht Milliarden Euro öffentlicher Hilfsmittel bereitgestellt worden.

NS-VERBRECHER

## Fahndung nach KZ-Arzt

Die Suche nach dem seit fast 45 Jahren flüchtigen ehemaligen KZ-Arzt Aribert Heim weitet sich aus. Deutsche Zielfahnder nehmen „familiäre und freundschaftliche Kontakte“ des NS-Verbrechers in Österreich und Spanien ins Visier, nachdem nun auch die Regierung in Wien die Nachforschungen unterstützt: Bislang war für Hinweise, die zur Verhaftung des heute 93-jährigen Mediziners führen, von öffentlichen Stellen eine Summe von 130 000 Euro als Belohnung ausgesetzt worden. Ein amerikanischer Geschäftsmann hatte noch einmal den gleichen Betrag dazugegeben. Inzwischen lobte auch das österreichische Justizministerium erstmals Prämien für die Ergreifung von NS-Verbrechern aus – jeweils 50 000 Euro für Heim sowie den früheren SS-Hauptsturmführer Alois Brunner. Heim soll während seiner Tätigkeit im Konzentrationslager Mauthausen über 300 Menschen auf bestialische Weise umgebracht haben. Sowohl deutsche Fahnder als auch der Chefermittler des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, Efraim Zuroff, glauben fest, dass er noch lebt und sich in Europa oder Südamerika aufhält.



Heim

### Nachgefragt

## Wechselströmung

„Planen Sie in nächster Zeit, Öko-Strom zu beziehen?“

